

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger



Amtsblatt für die Amtshauptmannschaft Flöha, die Staats- und Gemeindebehörden zu Frankenberg

Berantwortlicher Redakteur: Ernst Rößberg sen. in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag: C. G. Rößberg in Frankenberg i. Sa.

Nr. 191

Mittwoch den 18. August 1920 nachmittags

79. Jahrgang

Kr. I 1288.

Nr. 6

Haser früherer Ernten

Die Haserabholer im Beigle des Kommunalverbandes Flöha einschließlich der Städte Frankenberg, Leubnitz und Altenburg werden auf die nachstehende abgedruckte Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, betreffend Übergangsabschirmungen für Haser früherer Ernten, mit der Aufschriftung hinzuweisen, die in § 1 vorgeschriebene Ausgabe bis zum 20. August dieses Jahres an die Gemeindebehörden zu erhalten.

Glöba, am 14. August 1920.

Der Kommunalverband
der Amtshauptmannschaft Flöha.

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmahnahmen zur Sicherung der Volksversorgung vom 22. Mai 1916 (Reichsgesetzblatt Seite 401) und der §§ 78a, 82 der Reichsgetreideordnung für 18. August 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 823) und der § 78a, 82 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 1028) wird bestimmt:

§ 1

Wz mit dem Beginn des 16. August 1920 Haser früherer Ernten, allein oder mit anderen Nahrungs- oder Güternmixtum gemischt, im Gewichtsmaß hat, ist verpflichtet, ihn dem Kommunalverband des Lagerorts bis zum 20. August 1920, getrennt nach Eigentümern, anzugeben. Haser, der zu dieser Zeit unterwegs ist, ist vor dem Empfänger unverzüglich nach Empfang dem Kommunalverband anzugeben.

Die Anzeigegepflicht erfreut sich nicht aus!

- a) Vorräte, die im Eigentum des Reichs oder eines Landes stehen,
- b) Vorräte, die im Eigentum der Reichsgetreidekette, Geschäftsbüros, G. m. b. H. oder der Bezugsgesellschaften der deutschen Landwirte, G. m. b. H. stehen,
- c) Vorräte, die bei einem Betrieb insganz fünf Doppelzentner nicht übersteigen.

Die Kommunalverbände haben die Reichsgetreidekette nach einem von dieser festgelegten Vordruck bis zum 31. August 1920 Anzeige über die Namenslungen sowie über die in ihrem Eigentum befindenden Vorräte zu erhalten.

Zuwiderhandlungen werden nach § 80 Absatz 1 Nr. 10 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 bestraft.

§ 2

Trotz der am 16. August 1920 eintretenden Belehrungnahme (§ 78a Absatz 2 der Reichsgetreideordnung) darf Haser früherer Ernten

1. von Tierhaltern an ihr Vieh veräußert,
2. von Unternehmen landwirtschaftlicher Betriebe zur Verwendung im eigenen Betriebe verarbeitet.
3. von Händlern aus ihren Vorräten bis zum 25. August 1920 verkauft und bis zum 2. September 1920 geliefert werden.

Unternehmer gewerblicher Betriebe dürfen Haser früherer Ernten bis zum 15. Oktober 1920 in ihrem Betriebe mit Zustimmung der Reichsgetreidekette zu Hasererzeugnissen verarbeiten und die daraus hergestellten Erzeugnisse absetzen.

Die Höhststellen für Haser aus der Ernte 1920 (§ 1 der Verordnung über das Preise für Getreide aus der Ernte 1920 vom 14. Juli 1920, Reichsgesetzblatt Seite 1658) gelten vom Beginn des 16. August 1920 ab auch für Haser früherer Ernten. Sie gelten nicht für die nach § 2 unter Nr. 3 genannten Betriebe.

Der mit Beginn des 16. August 1920 vorhandene Haser früherer Ernen ist, mit Ausnahme der im § 1 Absatz 2 unter a genannten Vorräte sowie vorher gültiger der Bestimmungen in § 2, an die Reichsgetreidekette noch deren Gesellschaftrichtungen zu dem für Haser aus der Erne 1920 festgelegten Höhstpreis abzuleiten. Die Reichsgetreidekette kann für Haser früherer Ernen, der bis zum 25. August 1920 angebaut und bis zum 2. September 1920 geliefert wird, bis zu 800 Mark mehr für die Tonne zahlen.

Diese Bestimmungen treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 7. August 1920.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Dr. Hermann.

In der Woche vom 16. bis 22. dieses Monats werden für Personen über sechs Jahren 100 Gramm Fleischfleisch bzw. Wurst und 100 Gramm amerikanisches Schweinfleisch höhergestellt. Kinder unter sechs Jahren erhalten die Hälfte dieser Mengen. Der Preis für 1 Pfund Fleischfleisch bzw. Wurst wird auf 840 Mark festgesetzt, der Preis für 1 Pfund amerikanisches Schweinfleisch beträgt 1175 Mark.

Flöha, am 17. August 1920.

Der Vorstand des Kommunalverbandes.

Brennstoff-Versorgung Donnerstag und Freitag den 19. u. 20. August auf Markt 12 der Kohlengrundsiedlung:

Steinkohlen vor 3 Zentner 19 Mark 50 Pfennig
Scheitze per Zentner 13 Mark bei Association, Subwig, Liebers, Löffler, Stephan, Leichmann.

Die Brennstoffe sind bis Sonnabend den 21. August abzuholen, sonst besteht Markt 12.

Abrechnungstag der Händler: 23. August 1920.

Um der bevorstehenden Kohlenknappheit im kommenden Winter wirksam begegnen zu können, beschließt die Ortsobmannschaft große Posten Kohlenauflösungen und Nahpreistafeln für den Städtebereich einzuführen.

Für die Versorgung der Nahpreistafeln wird die Markt 14 bestimmt, diese wird aufhalt mit 1/2 Zentner mit 1 1/2 Zentner beliefert. Gewerbetreibende haben die Bezugsscheine bei der Ortsobmannschaft ausstellen zu lassen. Kohlenauflösungen werden ohne Abrechnung an Haushalte zum Preise von Markt 6,50 per Zentner abgegeben.

Nächste Bekanntmachung über Verlauf der Nahpreistafeln erfolgt zur gegebenen Zeit.

Ortsobmannschaft des Stadtrates.

Weichselland wieder deutsch?

Es ist wiederholt gerüchtweise mitgeteilt worden, die Russen wollten beim Friedensschluß mit Polen dafür eingehen, daß Russland das Weichselland für sich beansprucht und das den Polen von der Entente zugesprochene Weichselland wieder deutsch würde. Für das polnisch gewordene Polen sollte nachträglich eine Volksabstimmung eintreten. Die Russen wissen natürlich ganz genau, daß die Entente auf eine solche Abänderung der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages nicht ohne weiteres eingehen wird, deshalb sprechen sie auch nicht davon, diese Angelegenheit mit England und Frankreich zu verhandeln. Sie wollen sie direkt mit Polen ins Reine bringen, das sich wohl dem Sieger Russland fügen muß, wenn es total kaputt ist und von seinen Freunden Frankreich und England keinerlei nachhaltige Hilfe zu erwarten hat. Und das ist heute schon so zweifelhaft, daß man darüber „unwahrscheinlich“ sagen kann.

Hat aber das bolschewistische Russland in der Tat die Absicht, das Weichselland und eventuell auch Polen, den Polen wegzunehmen, und diese landwirtschaftlich besonders wichtigen Gebiete dem Deutschen Reich zurückzugeben? Vor kurzer Zeit konnte man noch an dem guten Willen der Russen zweifeln, um ein so wertvolles Geschenk zu vermitteln, heute aber kann man schon eher mit der Möglichkeit rechnen, daß besonders das Weichselland tatsächlich und gegen den Willen der Entente wieder deutsch wird. Man darf freilich nicht glauben, daß es der eigentlichen Absicht dieses russischen Edelmuts wäre, für den Bolschewismus in Deutschland Ressame zu machen, aber die vergewaltigten Bewohner der den Polen zugesprochenen Gebiete von der polnischen Zwingerherrschaft zu befreien, die russische Politik hat ganz andere und von ihrem Standpunkt aus sehr vernünftige Gründe. Polen kann nämlich solange nicht als wirklich besiegt und gebändigt gelten, als Danzig und das Weichselland dem Einfluß der Entente unterstehen teilt, zu Polen gehören.

Die Entzweiung Polens, die Russland unbedingt für nötig hält, ist gar nicht zu kontrollieren, wenn Frankreich und England über Danzig und durch das Weichselland fortwährend militärische Kräfte und Ausrüstungsgegenstände nach Polen senden können, in dessen vielen entlegenen Dörfern sie unzählige den späheren Bildern der Russen entzogen werden können. Der politische Korridor bleibt also eine beständige Gefahr für die Sicherheit der Bolschewisteregierung in Moskau, die erst dann fortfällt, wenn das Weichselland wieder deutsch ist. Deutschland ist neutral und hat bereits bewiesen, daß es sehr entschieden gewillt ist, diese Neutralität aufrecht zu erhalten. Russland kann dann also Polen genau auf seinen militärischen Zustand kontrollieren, ohne befürchten zu müssen, daß ihm ein X für ein U vorgenommen wird. Über Österreich und durch Böhmen ist ein Wasserschmuggel nach Warschau nicht so leicht möglich, denn auch auf diesem Wege bleibt weiter deutsches Gebiet zu passieren.

Es ist also klar, Russland dient sich selbst, wenn es darauf besteht, daß das Weichselland wieder deutsch wird. Zum ersten militärisch, dann aber auch handelspolitisch. Wer Danzig und die Weichsel in Händen hat, hat auch das Geschäft für Polen und bis weit nach Russland hinein in der Hand. Jetzt ist das Polen, das also den Handel für Zentral-Russland vornehmen würde, wenn alles so bliebe, wie es ist. Wenn aber dies Gebiet wieder deutsch wird, wenn Russland sich eine direkte Bahn bis Danzig bezieht, bestimmt Vergünstigungen für seine Export- und Importfahrt, so hat es den wirtschaftlichen Nutzen und die Bewegungsfreiheit im Handel, die so dringend gebraucht. Eine Eingang hierüber zwischen

Deutschland und Russland würde nicht schwer sein. Daher man in Moskau daran denken könnte, dieses polnische Weichselland in russische umzuwandeln, darf wohl als ausgeschlossen gelten, denn ein Stück Russland läßt sich nicht mitten hinein in Deutschland etablieren. Ob die Dinge sich so halten, bleibt natürlich abzuwarten, aber unwahrscheinlich ist es nicht. Bei den Russen herrscht Konsequenz in den Absichten, bei der Entente aber nicht, und die Stimmung der englischen und französischen Arbeiter gegen ein neues Kriegsszenario in Polen und Russland wird bedrohlich. Die Ententetruppen, die heute noch in Oberschlesien stehen, müssen auch einmal fort, und wenn an der Abstimmung dort festgehalten werden sollte, so braucht man wohl kaum zu glauben, daß die Mehrheit der Bevölkerung sich für Polen aussprechen wird. Man hat jetzt gesehen, was hinter dem polnischen Front steht. Die wirtschaftliche Verbindung mit den Russen würde bei einer direkten Verbindung Russland—Danzig ja in Zukunft intim werden, aber das wird ja schließlich doch, wo die beiden Nachbarstaaten im Handel so sehr auf einander angewiesen sind. Und gegen den Bolschewismus helfen keine Grenzlinien, sondern nur deutscher Wille und deutsche Moral.

Die Verhandlungen in Minsk

Genf, 17. 8. „Temps“ meldet aus Warschau: Die polnische Delegation berichtet aus Minsk: Die erste Verhandlung des vorgelegten russischen Friedensvertrages durch die Polen steht am Mittwoch nachmittag statt. Die Delegationen einigen sich, den Vertrag in vier gemeinsamen Sitzungen zu erledigen. Die erste gemeinsame Sitzung der Polen und Russen beginnt Donnerstag früh 10 Uhr.

Kein Sowjetokrat in Polen.

Kopenhagen, 17. 8. Ein Moskauer Sowjet spricht vom Montag früh lautet: Der Groß-Moskauer Sowjet spricht den Besuch auf die Übergabe von Sowjets in das besetzte Polen aus. Der Sowjet spricht wurde sofort der Roten Armee und der Friedensdelegation in Minsk mitgeteilt.

Wohlhabender Widerstand der Polen.

Genf, 17. 8. Havaas meldet am Dienstag früh: Die Funktionäre Warschau antworten wieder. Die Russen stehen 30 Kilometer vor dem äußeren Festungsgürtel. Es hat noch keine Angst auf Warschau stattgefunden. Die Wehrfestung Nowo-Georgiewsk ist noch fest in den Händen der Polen, die die Weichsellinie unter allen Umständen halten.

Warschau am 16. noch in polnischem Besitz.

Genf, 17. 8. Nach Erklärungen der schweizerischen Delegationsagentur erhält die polnische Gesandtschaft am 16. d. M. abends ein vom Ministerium des Außenamtes am gleichen Tage nachmittags 3 Uhr in Warschau aufgelegtes Telegramm über die Lage. In diesem Telegramm wird u. a. gemeldet, daß ein Teil der Regierungskräfte nach Polen abgeschoben worden sei, daß sich aber das Gesamtministerium noch in Warschau aufzuhalten. Die Einnahme der Stadt durch die Russen kann also weder am 15. noch am 16. August erfolgt sein.

Der englisch-französische Konflikt

Paris, 17. 8. Montag mitternacht veröffentlichte die „Agence Havas“ folgende offizielle Mitteilung:

„Der englische Gesandte kam um 7 Uhr abends zum Generalsekretär des Ministeriums des Außenamtes. Nach seiner Ankunft wurde die polnische Angelegenheit und die Lage des Generals Wrangel erörtert. Lord Derby und Palaeologue

prästen verschiedene Möglichkeiten, die den beiden Regierungen die Grundlage einer gemeinsamen Aktion ermöglichen könnten, um ihre Politik in Osteuropa fortzusetzen.“

Das Communiqué erläutert, daß die Situation im Osten Europas noch immer ungelöst sei und ein Einvernehmen zwischen England und Frankreich noch immer nicht erzielt werden könnte. England verzogte nicht darauf, sich mit der Sowjetregierung zu verständigen. Es beharrte auch darauf, daß die Polen die Friedensbedingungen Romemens annehmen sollten, und wollte von einer Anerkennung des Generals Wrangel nichts wissen.

Eine eingehender Erklärung über die Lage konnte man auch aus den Reden, die gestern im Unterhaus von Lloyd George und Bonar Law gehalten wurden, nicht entnehmen, daß eine Beilegung des englisch-französischen Zwischenfalles jetzt eintrete, wenn genaue Nachrichten über den Gang der Verhandlungen in Minsk und der Kämpfe vor Warschau eingetroffen sind. Der „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß die polnische Regierung die russischen Friedensbedingungen ablehnen werde. Wenn das Kabinett dennoch Unterhändler nach Minsk entsendet, so sei das nur geschehen, um keine Möglichkeit vorübergehen zu lassen, einen Frieden herzustellen.

Was ist Orgesch?

Verschiedene Blätter bringen seit einigen Tagen sensationelle Enthüllungen über die Orgesch, die eine Organisation zur Vorbereitung eines Putsches von rechts sei. Orgesch ist die Abkürzung von „Organisation Sicherheit“. Diese ist die direkte Fortsetzung der durch das Spær Abkommen aufgelösten Einwohnerwehr, einer Selbstschutzorganisation, die die Einwohnerwehr in einer Form, die nicht dem Friedensvertrag widerspricht, erschaffen soll. Sie ist daher in Form privater Vereine organisiert. Über die Ziele der Organisation gibt ihr Leiter, der Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehr, Horst Dr. Scherich, folgende Auskunft:

Ganz Deutschland ist in Bezirke eingeteilt. Es handelt sich um eine Organisation, die ebenso wenig auf Seiten der Konservativen und Rechtsextremen wie auf Seiten der Sozialisten steht. Die Orgesch ist eine Vereinigung der Mittel ohne parteipolitische Färbung und ohne Verfolgung parteipolitischer Ziele, zum Kampf gegen den Bolschewismus und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, wenn es nötig ist, mit der Waffe in der Hand. Die Orgesch wird nicht aufzuhören, zu bestehen, ehe nicht der letzte Kommunist in Deutschland entflohen ist. Es gehören der Orgesch Männer aller Parteien an, Rechtsextreme, Mehrheitssozialisten, Arbeiter und Großgrundbesitzer, und alle sind bereit, gegen den Bolschewismus anzukämpfen. Die Regierung ist zu schwach, um irgendwelchen Stich gegen Deutschland aufzunehmen zu können. Wenn bis jetzt der Bolschewismus noch nicht in Deutschland ist, so ist dies lediglich ein Verdikt der Orgesch. Wenn Deutschland vom Bolschewismus heimgesucht werden wird, dann wird man nach Bayern fließen und rufen: „Helft uns! Ich bin zum ziellosen Kampf gegen den Bolschewismus bereit. Dies ist ein Ziel, das wert ist, dafür zu leben und zu sterben.“

In Bayern wird die Orgesch offiziell gebuldet, in Preußen ist die Haltung der Regierung ihr gegenüber indifferent. Die sozialdemokratischen Oberpräsidenten Rosse in Hannover und Hörtling in Magdeburg haben sie allerdings für ihres Teils verboten. Es wird hingegen behauptet, daß in anderen Provinzen die Orgesch Fühlung mit der Regierung und mit der Reichswehr habe.